

Fifa-Museum: Schweigen der Politik ist komplizenhaft

Die Stadt Zürich – so erfahren wir im April – soll um eine Attraktion reicher werden, denn der Weltfussballverband Fifa will dort für 180 Millionen Franken ein Museum bauen, das dem Fussball gewidmet ist. Es sollen namentlich Trophäen, Bälle und Trikots zu sehen sein. «Giacobbo/Müller» fragten in ihrer Sendung, ob wohl auch Couverts ausgestellt würden. Gute Frage.

So weit ersichtlich, war die erste Reaktion der Politik positiv; zu reden gaben nur der Standort des Museums sowie ein befürchtetes Verkehrschaos. Es sei schön, dass ein solches Vorhaben umgesetzt werden könne, ohne dass Steuergelder fliessen, lautete eine Stellungnahme. Das Projekt,



welches gemäss Fifa den Fans eine Begegnungsstätte bieten soll, sei ein klares Bekenntnis zur Stadt Zürich. Schön: Fussball ist toll, ein verbindender Sport, und ein spannender Match begeistert. Fussball als Nationen und Generationen übergreifendes Event liegt uns allen am Herzen (gut: den einen mehr, den anderen weniger ...). Jedenfalls in Basel, wo ich lebe, ist das so. Auch Museen spielen in «meiner» Stadt am Rhein eine grosse Rolle.

Bemerkenswert ist nun aber, dass – so weit ersichtlich – zum Museum niemand laut eine grundsätzlich kritische Sicht äusserte. Dies ist insofern seltsam, als wohl erstens unbestritten ist, dass die Governance der Fifa seit Jahrzehnten zu wenig schmeichelhaften Diskussionen über Stimmenkauf, Nepotismus und Kor-

ruption Anlass gibt, als zweitens die Frage der Bestechung bei Fifa-internen Vorgängen oft die Debatte prägt und dass drittens somit Handlungsbedarf besteht. Es gibt nämlich überhaupt

AUSSICHTEN

keinen Grund, warum ein Sportverband wie die Fifa nicht als gewinnorientierte Organisation behandelt und den Korruptionsstrafnormen unterstellt wird. Das Schweigen der Politik ist komplizenhaft.

Was beinhaltet der Begriff Museum? Eine der Definitionen lautet, dass ein Museum eine gemeinnützige, ständige, der Öffentlichkeit zugängliche Einrichtung im Dienste der Gesellschaft und ihrer Entwicklung sei.

Wofür soll das Fifa-Museum genau stehen? Wie und wofür soll es identitätsstiftende Begegnungsstätte sein? Es ist Augenwischerei, wenn so getan wird, wie wenn es nur um den Sport gehe. Es geht ums Geschäft. Eines, das der Verband, der eigentlich ein internationaler Konzern ist, seit Jahrzehnten mit Mitteln betreibt, die Gegenstand der Strafjustiz waren. Die Intransparenz

über einen Zuger Entscheid ist ein Skandal. Daran vermag nichts zu ändern, dass es sich um eine Einstellungsverfügung handelt. Fifa-Exekutivmitglieder sollen Bestechungsgelder von mindestens 140 Millionen Franken einkassiert haben, mit Mitteln, die zudem in Publikationen geschildert wurden.

In den letzten Wochen habe ich einschlägige Bücher zu dem Thema, wie «Foul! The Secret World of Fifa» von Andrew Jennings und «Fifa Mafia» von Thomas Kistner gelesen. Wenn nur 20 Prozent der Aussagen in diesen Büchern stimmen, dann ist ohne Wenn und Aber endlich Ordnung zu schaffen, bevor überhaupt an ein Museum gedacht werden darf. Soll der Sonnenberg («sunny hill») a sunny place for shady people sein und bleiben und soll dort ein Museum eines Verbandes stehen, der bisher kaum je Vorbildfunktion für eine integre Unternehmensführung bot? Der Mangel an Transparenz und unabhängiger externer Kontrolle ist inakzeptabel.

Es macht den Anschein, dass die Freude über mehr Touristen und Einnahmen den Blick vernebelt auf das, was Priorität hat. Im Sinne der Glaubwürdigkeit und eines notwendigen und eindeutigen Bekenntnisses gegen Korruption wäre zu erwarten, dass die Politik entsprechend nachdenkt, han-

delt und kommuniziert. Will die Schweiz weiter schlafen und von Eigentoren träumen? Der Europarat setzte im April den Fifa-Präsidenten unter Druck. Der Fussball-Weltverband wurde zur Untersuchung eines möglichen Stimmenkaufs bei der Wiederwahl von Blatter aufgefordert. Gleichzeitig solle die Fifa Klarheit schaffen über die Korruptionsaffäre um das 2001 in Konkurs gegangene Schweizer Marketing-Unternehmen ISMM/ISL. Und Zürich lässt die Fifa unbehelligt von solchen Fragen ein Museum planen.

Bald sind Ferien und Lesetipps gefragt: Das Buch von Kistner muss für die Politiker nicht nur in Zürich Pflichtlektüre sein. Denn bis Ende 2012 soll den eidgenössischen Räten ein Bericht unter anderem zur aktuellen Situation der Bekämpfung von Korruption im Sport vorgelegt werden. Es ist gut, wenn man sich vorher informiert – und das ist im Moment nicht so schwer (auch nicht, was das Gewicht anbelangt. Das Buch ist als Download erhältlich).

MONIKA ROTH

HINWEIS

► Monika Roth (60) ist Professorin für Compliance und Finanzmarktrecht an der Hochschule Luzern – Wirtschaft und Studienleiterin am Institut für Finanzdienstleistungen Zug (IFZ). ◀

«Thilo Sarrazins These ist hundertprozentig nutzlos»

WÄHRUNGEN In seinem Buch nennt Thilo Sarrazin den Euro einen Fehler. Statt über Ursachen sollte er lieber über Lösungen diskutieren, kritisiert Ökonom Thomas Straubhaar.

«Europa braucht den Euro nicht!» – der Titel des am Dienstag erscheinenden Buches von Thilo Sarrazin ist hundertprozentig richtig, aber auch hundertprozentig nutzlos. Er ist zweifelsfrei rundum zutreffend, weil völlig unstrittig ist, dass Europa den Euro nicht braucht. Europa als geografische Einheit hat es immer schon gegeben und wird es immer geben. Und auch die Europäische Union (EU) ist in den 1950er-Jahren entstanden, der Euro erst in den 1990er-Jahren.

EU kann auch ohne Euro überleben

Kein vernünftiger Mensch könnte jemals behaupten, Europa ohne Euro würde von der Weltkarte verschwinden oder die EU ohne gemeinsame Währung wäre nicht überlebensfähig. Natürlich löst sich Europa auch ohne Euro nicht in Luft auf. Und selbst die Europäische Union würde ohne Euro in welcher Form und Weise auch immer weiterexistieren.

«Kein optimaler Währungsraum»

Mehr noch: Der promovierte Volkswirt Thilo Sarrazin weiss sich mit der Ökonomenzunft in Einklang. Der Euroraum ist kein sogenannter «optimaler Währungsraum». Das bedeutet, dass es in der Tat gute Gründe für die Annahme gibt, dass ein Europa, in dem jedes Land seine eigene Währung hat, wirtschaftlich vergleichsweise besser dastehen würde als in einer Situation, in der 17 relativ unterschiedliche Länder eine einzige gemeinsame Währung haben. Die Einheitsgrösse passt eben beiden nicht. Für die Kleinen ist sie zu gross, für die Grossen zu klein. Deshalb ist ein massgeschneiderter Anzug die bessere Kleidung. Das ist bei der Währung nicht anders.

Sarrazins entscheidender Fehler

Thilo Sarrazin hat Recht: Aus ökonomischen Gründen hätte es den Euro in der Tat nicht gebraucht. Aber darum geht es nicht (mehr)! Fakt ist, dass Europa den Euro seit 1999 als Gemeinschaftswährung hat, seit 2002 für jeden Bürger auch sichtbar als Euromünzen und Euroscheine. Deshalb stellt sich die Frage nicht mehr, ob Europa den Euro braucht. Hier machen Thilo Sarrazin und mit ihm viele Eurogegner den entscheidenden Fehler. Sie denken in Alternativen, die nicht mehr möglich sind.

Es macht eben einen riesigen Unterschied, ob man im fliegenden Flugzeug sitzt und aussteigen will oder man gar nicht erst einsteigt. In beiden Fällen will man draussen sein, aber faktisch hat nur wer draussen geblieben ist, eine Wahlfreiheit. Wer mitfliegt, ist mitgegangen und damit mitgefangen. Die These, dass «Europa den Euro nicht braucht», ist hundertprozentig nutzlos und damit all die Aufregung nicht wert, die sie jetzt provoziert. Der Euro existiert. Er ist Alltag.

Eine ungewollte Schwangerschaft

Natürlich wünschten sich viele Eltern gelegentlich eine Zeit ohne Kinder, die nerven, zurück. Aber genauso wenig, wie Kinder ungeschehen gemacht werden können, gab und gibt es einen Plan B, der den Euro beseitigt. Weder der

EU-Vertrag noch die Eurogesetze bieten dafür eine rechtliche Handhabe. Auch nicht die von Sarrazin angesprochene Geschichte.

«Tragfähige Lösungen für Europa gibt es nur mit und nicht ohne Euro.»

THOMAS STRAUBHAAR,
ÖKONOM

Die Eltern des Euro haben ihn aus politischen und nicht aus ökonomischen Gründen gezeugt. Es ging nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, der das Nachkriegseuropa in zwei abgetrennte Regio-

nen teilte, und dem Ende des Ost-West-Konflikts Ende der 1980er-Jahre um eine Neuordnung Europas. Der Euro war für Deutschland die Folge einer ungewollten Schwangerschaft, von Frankreich aufgedrängt als Gegenleistung für die französische Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung.

Diskussion provoziert Ängste

Nur mit einer Einbindung eines grösser gewordenen Deutschlands in eine gestärkte EU – inklusive gemeinsamer Währung und Zentralbank – konnte Bundeskanzler Helmut Kohl im Januar 1990 das Misstrauen des französischen Präsidenten François Mitterrand beseitigen. Deshalb provoziert eine deutsche Diskussion darüber, «ob Europa den Euro braucht», bei den Nachbarn die schlimmsten Ängste eines national

orientierten wirtschaftlich dominanten Gross-Deutschlands. Genau die Konsequenz, die man mit der Wiedervereinigung nicht wollte und mit dem Euro zu verhindern versuchte.

Nutzloser Kräfteverschleiss

17 verschiedene Farben, die vermischt worden sind, lassen sich nicht mehr so einfach und ohne immense politische, ökonomische, materielle und auch ideelle Kosten in ihren ursprünglichen Zustand trennen. Deshalb kann es tragfähige und vor allem nachhaltige Lösungen für Europa nur mit und nicht ohne den Euro geben. Bei der Suche nach klugen Optionen aus einer schwierigen Situation lohnt sich eine intensive Diskussion. Hingegen ist es ein nutzloser Verschleiss politischer Kräfte, sich über Alternativen die Köpfe heisszureden, die gar nicht mehr zur Debatte stehen.

THOMAS STRAUBHAAR

HINWEIS

► Thomas Straubhaar (55) ist Direktor des renommierten Weltwirtschaftsinstituts in Hamburg. Der Schweizer Ökonom stammt aus Unterseen im Kanton Bern.



Thilo Sarrazin bei der Vorstellung seines neuen Buchs am vergangenen Dienstag in Berlin.

Getty/Carsten Koall

Sarrazin empört die Juden

BERLIN sda. Der ehemalige Berliner Finanzsenator und ehemalige Vorstand der Deutschen Bundesbank, Thilo Sarrazin, liebt die Provokation. Auch sein neuestes Werk «Europa braucht den Euro nicht» sorgt für Empörung. Insbesondere die Befürworter europäischer Staatsanleihen, sogenannter Euro-Bonds, bekommen ihr Fett weg. Sie seien «getrieben von jenem sehr deutschen Reflex, wonach die Busse für Holocaust und Weltkrieg erst endgültig getan ist, wenn wir alle unsere Belange, auch unser Geld, in europäische Hände gelegt haben», schreibt Sarrazin.

Provokation steigert die Auflage

Der Zentralrat der Juden zeigte sich empört. In seiner «Gier nach grösstmöglicher Aufmerksamkeit» schreibe er auch nicht davor zurück, «den Holocaust für seine Zwecke zu instrumentalisieren, entgegnete Präsident Dieter Graumann. Den Verkaufszahlen hat es nicht geschadet. Mehr als die Hälfte der Startauflage von 350 000 Exemplaren war bis Mitte letzter Woche bereits verkauft.